

Die Maßnahmen gegen die Wohnungsnot.

750 000 neue Wohnungen erforderlich.

Im preussischen Abgeordnetenhaus ist am 23. Oktober über Maßnahmen gegen die Wohnungsnot verhandelt worden. Dem jetzt vorliegenden amtlichen stenographischen Bericht über diese Beratungen verdienen einige bemerkenswerte Angaben über den Umfang und die Gründe der Wohnungsnot entnommen zu werden.

Für Gros-Berlin werden nach den Angaben des statistischen Amtes 60 000 Wohnungen gefordert. Für das ganze Reich sind amtlich 750 000 neue Wohnungen gefordert worden. Woher kommt dieser starke Bedarf an neuen Wohnungen? Im Jahre 1912 wurden im ganzen Reich 8912 Wohngebäude mit 61 353 Wohnungen hergestellt, im Jahre 1918 aber nur 428 Wohngebäude mit 1712 Wohnungen. In der Stadt Köln wurden 3604 Wohnungen im Jahre 1912 errichtet, aber nur 111 im Jahre 1917. In derselben Zeit sank die Zahl der jährlich errichteten neuen Wohnungen in Düsseldorf von 4862 auf 74, in Essen von 2723 auf 610 und in Dortmund von 1900 auf 30. Dazu kommt, daß die Behörden während des Krieges das Wohnungswesen gesteigert haben. In Charlottenburg haben die Kriegsgesellschaften 3000 Zimmer inne, für einzelne Zimmer haben die Behörden 1500 Mark Miete geboten und auch gezahlt. In Berlin ist während des Jahres 1917 nicht ein einziges Wohnhaus errichtet worden. Die geringe Bautätigkeit findet ihre Erklärung zum Teil auch darin, daß von 1 800 000 selbständigen Handwerklern 400 000 im Felde gestanden haben.

Was soll nun geschehen? Abg. Desser formulierte die Frage so: Sind wir bereit, wenn unsere Truppen in die Heimat zurückkehren, Wohnungen für sie stellen zu können? Das ist die Frage, um die sich alles, alles dreht. Der Umfang der Bautätigkeit wird u. a. bedingt durch den Preis der Baumaterialien. Nun sind die Baumaterialien im Preise ganz gewaltig gestiegen. Öl und Leinöl, das der Maler früher vielleicht mit 42 M. für 100 Kilogramm einkaufen konnte, muß jetzt unter der Hand mit 3600 M. bezahlt werden. Lack ist heute 15- bis 20mal so teuer wie vor dem Kriege. Tausend Ziegel kosteten 1914 21 M., jetzt 72 M., 1000 Dachziegel, früher 55, jetzt 165 M., eine Tonne Zement früher 30, jetzt 90 M., eine Tonne Wasserzement früher 8, jetzt 28 M. Auch von der Bereitstellung von Bauland hängt der Umfang der Bautätigkeit ab. In dieser Beziehung hat der Fiskus mehrfach zur Steigerung der Wohnungsnot beigetragen. Die Stadt Halle hat den Landwirtschaftsminister gebeten, ihr 40 Morgen Land für 94 000 M. zu verkaufen. Aber der Fiskus forderte 343 000 M., obwohl es sich um Grund und Boden für Wohnungen handelte.

Der Staatskommissar für das Wohnungswesen stellte im Abgeordnetenhaus eine Reihe von staatlichen Maßnahmen in Aussicht. Zunächst müsse es Aufgabe sein, das Bauen zu verbilligen. Während einer Übergangszeit sollen seitens des Reiches, der Bundesstaaten und der Gemeinden bare Zuschüsse zu den Baukosten gegeben werden. Das Reich will 500 Millionen Mark zu diesem Zweck zur Verfügung stellen unter der Voraussetzung, daß die gleiche Summe auch seitens der Bundesstaaten und der Gemeinden flüssig gemacht wird. Der preussische Finanzminister hat den natürlichen Anteil des preussischen Staates mit 150 Millionen Mark herzugeben sich bereit erklärt. Ob diese Summen ausreichen werden? Der sozialdemokratische Abg. Hue glaubte behaupten zu können, daß der Bau einer Dreizimmerwohnung, der vor dem Kriege 4- bis 5000 Mark kostete, jetzt 10- bis 11 000 Mark erfordert. Er berechnete die Kosten eines Zimmers mit 3000 Mark und kam damit für die 750 000 Dreizimmerwohnungen, die für das ganze Reich erforderlich sein sollten, auf einen Bedarf von weit über sechs Milliarden Mark zur Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses.

Diese Angaben, die im einzelnen vielleicht der Richtigstellung bedürfen, illustrieren die Bedeutung der Wohnungsfrage und die Dringlichkeit von Maßnahmen für die hoffentlich nicht mehr fernem Tage, wenn Millionen Geldgräber zu ihrem friedlichen Beruf in die Heimat zurückkehren können.

Wie im heutigen Morgenblatt berichtet, beschäftigt sich auch eine Kommission des Abgeordnetenhauses sehr energisch mit der Woh-

nungsfrage und der dafür eingeführte Unterausschuß hat einen Antrag auf Bereitstellung von nicht weniger als 300 Millionen zur Förderung der Bautätigkeit und Herstellung von Notwohnungen eingebracht.